

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2002

12. Jahrgang (5. der N.F.)

Seiten 21-30

Textanfang**Nationalstaat und Wohlfahrtsst****Globalisierung und ihre politi****Die Notwendigkeit eines nation****Europäisches oder skandinavisc****Fußnoten****zur Startseite**

Das Überleben des Nordischen Wohlfahrtsstaatsmodells in einer globalisierten Weltwirtschaft

*Stein Kuhnle**Stein Kuhnle ist Professor am Institut für vergleichende Politikwissenschaften an der Universität Bergen.*

Nationalstaat und Wohlfahrtsstaat

Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates steht in engem Zusammenhang mit dem Nationalstaat als politischer Einheit. Mit einiger Sicherheit darf behauptet werden, dass die Entwicklung der staatlichen Wohlfahrtspolitik einen entscheidenden Beitrag zur Lösung einer Reihe von sozialen Problemen geleistet hat. Zudem hat der Wohlfahrtsstaat zu einer Stabilisierung der nationalen politischen Systeme beigetragen, indem er für größeren Frieden im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben gesorgt und ein besseres soziales Gleichgewicht geschaffen hat. Und schließlich ist es ihm gelungen, die Kaufkraft verschiedener Gesellschaftsgruppen zu sichern, wodurch er auch zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Länder beigetragen hat. Der Wohlfahrtsstaat, so lässt sich zusammenfassend sagen, hat somit einen Anteil an der Legitimierung und Stärkung des Nationalstaates als politischem System.

Die Entwicklung von Wohlfahrtsstaat und öffentlichem Sektor verlief in der Nachkriegszeit meist parallel zum Wirtschaftswachstum. Inwieweit der Wohlfahrtsstaat die wirtschaftliche Entwicklung gebremst oder beschleunigt hat, ist eine viel diskutierte Frage², die jedoch auch mit wissenschaftlichen Mitteln keineswegs sicher zu beantworten ist. Bei aller Unterschiedlichkeit der Meinungen innerhalb der einzelnen Disziplinen werden die Ökonomen tendenziell – und häufiger als Soziologen und Politikwissenschaftler – von einer bremsenden Wirkung ausgehen, während jene eher Anhänger der These einer günstigen Wirkung des Wohlfahrtsstaates auf die Wirtschaft sind, die sich unmittelbar durch die Förderung der Gesundheit, der Sicherheit und der insgesamt höheren Produktivität der Menschen sowie mittelbar durch die Einsparungen äußert, die den Staatshaushalt durch geringere Aufwendungen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Bekämpfung von Kriminalität entlasten. Diese allgemeine Betrachtung lässt sich natürlich modifizieren, wenn man die Wirkung bestimmter Einzelprogramme isoliert untersucht und diese nach Aufbau und Finanzierung sowie den Prinzipien bewertet, die der Verteilung der jeweiligen Leistungen zu Grunde liegen. Auch Wohlfahrtsangebote schaffen nämlich eine Nachfrage, und mitunter eine größere als allgemein für notwendig erachtet. Manche Sozial- und Wohlfahrtsprogramme funktionieren wie Incentive-Systeme, die zu unerwünschtem Verbrauch oder zu unerwünschten wirtschaftlichen und politischen Verschiebungen führen können. Die Wirkungsweise aller Programme ist zudem nicht gleich bleibend, sondern verändert sich im Laufe der Zeit. Zumindest aber lässt

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2002

12. Jahrgang (5. der N.F.)

Seiten 21-30

Textanfang**Nationalstaat und Wohlfahrtsst****Globalisierung und ihre politi****Die Notwendigkeit eines nation****Europäisches oder skandinavisc****Fußnoten****zur Startseite**

sich feststellen, dass der Wohlfahrtsstaat während des Großteils der Nachkriegszeit im Gleichklang mit der Wirtschaft gewachsen ist. Daraus folgt, dass eine positive gegenseitige Beeinflussung von Wohlfahrtsstaat und Wirtschaft – um es vorsichtig auszudrücken – jedenfalls denkbar ist. Der Wohlfahrtsstaat verfolgt jedoch neben einem Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung noch eine Reihe weiterer Ziele, darunter beispielsweise die gerechte Verteilung von Einkommen und Leistungen, soziale und politische Stabilität, soziale Integration und Harmonie sowie die materielle Sicherheit und körperliche Unversehrtheit der Bürger.

Wohlfahrtsprogramme sind eine nationale Angelegenheit, soziale Rechte wurden stets innerhalb des Wertesystems des Nationalstaates definiert. Auch die Krise des Wohlfahrtsstaates, wie sie seit Mitte der siebziger Jahre diskutiert und analysiert wird³, ist bislang vor allem als nationales Problem verstanden worden. Zweifelsohne werden es auch in Zukunft die nationalen politischen Institutionen sein, die als wichtigste Zentren soziale Probleme erfassen, ihren Umfang und Charakter erforschen, alternative Lösungen erarbeiten, zwischen diesen auswählen und die politischen Entscheidungen umsetzen. Viele mit dem Wohlfahrtssystem verknüpfte Probleme und Erfordernisse können und sollten auch weiterhin auf nationaler (und subnationaler) Ebene gelöst werden.

Globalisierung und ihre politischen Konsequenzen

Einige Krisenelemente oder Herausforderungen des Wohlfahrtsstaates spiegeln in zunehmendem Maße eine komplexe Ansammlung von Entwicklungssträngen wider, die über nationalstaatliche Grenzen hinausführen. Das Kapital bewegt sich freier, die Märkte sind global, der Wettbewerb umspannt mittlerweile große Teile der Welt. Schon die erste Ölkrise von 1973 machte die Probleme deutlich, denen die Nationalstaaten als Teile eines internationalen ökonomischen und politischen Systems, in dem hochgradige gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Volkswirtschaften herrscht, ausgesetzt sein können. Ein Teil der heutigen Probleme – darunter die Haushaltsschiefelage und die relativ hohe Arbeitslosigkeit in den westeuropäischen Ländern – stammt aus dieser Zeit, und weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene sind bislang klare und taugliche Lösungen gefunden worden – jedenfalls keine, die auf ausreichende politische Akzeptanz stoßen.

Es mag vielleicht zu früh sein, um die ganze Tragweite der technischen Entwicklung der vergangenen zehn Jahre und ihre Auswirkungen auf die soziale und kulturelle Entwicklung zu erfassen. Eine gültige Annahme dürfte jedoch sein, dass die moderne Kommunikationstechnik in allen ihren verschiedenen Ausprägungen eine Multiplikatorfunktion für die kulturelle Kommunikation und die sozialen Kontakte zwischen den Staaten und Kontinenten übernommen hat. Nationale Erwartungsrevolutionen werden international, und Werte, Normen und Lebensstandards lassen sich über Ländergrenzen hinweg unmittelbar vergleichen – was freilich nicht bedeuten soll, dass diese Art der Globalisierung zu einer *Universalisierung* der Problemauffassungen und Lebensanschauungen führt. Das Wissen von der Welt außerhalb des eigenen Landes stellt stärker denn je eine neue Quelle des Meinungsdrucks im Hinblick auf politische Forderungen und

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2002

12. Jahrgang (5. der N.F.)

Seiten 21-30

Textanfang**Nationalstaat und Wohlfahrtsst****Globalisierung und ihre politi****Die Notwendigkeit eines nation****Europäisches oder skandinavisc****Fußnoten****zur Startseite**

Veränderungen dar. Internationale, so genannte *Non-Governmental Organisations* repräsentieren einen neuen Typus des politischen Akteurs, der die traditionellen Wege politischen Engagements in den einzelnen Ländern ergänzt oder behindert – je nachdem. Diese neuen Akteure beeinflussen sowohl die internationale als auch die nationale Meinungsbildung. Hinzu kommt die Erschließung von Einflussmöglichkeiten auf die heranwachsenden internationalen Regime in Form von *Inter-Governmental Organisations*. Diese stellen ebenfalls einen neuen Typ von Akteur dar, der die nationale Ebene in weitaus stärkerem Maße und in mehr Bereichen transzendiert als noch vor einer Generation. In Europa nimmt die prominenteste Stellung natürlich die EU ein, die direkt und indirekt Einfluss auf den Handlungsspielraum nationaler Politik ausübt (im positiven wie negativen Sinne). In Europa – also jenem Teil der Welt, der sich aus EU und EWR zusammensetzt – verläuft die Entwicklung in Richtung einer Öffnung der nationalen Grenzen zugunsten freier Beweglichkeit von Kapital, Waren, Dienstleistungen, Personen und selbstverständlich auch der Kommunikation, die die Möglichkeiten wirtschaftlicher und politischer Organisationsprozesse quer durch die Mitgliedsstaaten fördert. Als politische Antwort auf die Freizügigkeit der arbeitenden Bevölkerung und aller anderen Personen wurden Richtlinien ausgearbeitet, die die Mitnahme, Koordination und Inanspruchnahme sozialer Rechte im Falle der Migration zwischen den Staaten regeln (während politische Rechte bislang – noch - nicht „mitgenommen“ werden können). Als politische Antwort auf den freien Kapitalfluss hat die EU mehrere so genannte Strukturfonds (Sozialfonds, Regionalfonds und Fonds für die Umstellung der Landwirtschaft) eingerichtet, die für eine gewisse räumliche Umverteilung von Mitteln zugunsten benachteiligter Gebiete und Gruppen sorgen sollen. Auch die Grundlagen der Sozialcharta sind teilweise der Versuch, eine politische Antwort auf den Abbau der Staatsgrenzen und die damit einhergehende größere Freiheit für Kapital und Arbeitskräfte zu formulieren, indem sie auf die Einhaltung von Mindestanforderungen an Gesundheit, Arbeitsplatzbedingungen und – allmählich auch – Einkommen abzielen, die in unterschiedlichen Bedarfsfällen innerhalb des vergrößerten Territoriums gestellt werden.

Die Globalisierung der Kommunikation und des Informationsaustausches kann politische Reaktionen bei verschiedenen Wählergruppen provozieren. In reichen und besonders in kulturell homogenen Ländern kann sie den Wunsch nach einer Schließung der Grenzen hervorrufen. In Ländern, deren wirtschaftliche und politische Verhältnisse weniger positiv sind, mögen bestimmte Gruppen den Wunsch nach schnellerer Entwicklung sowie einer Angleichung der Lebensbedingungen und -verhältnisse hegen. Die gelungene technische Entwicklung im Westen trägt zu einer Stärkung der politischen Kräfte in den armen Ländern bei, die nun *citizenship* – also Mitgliedschaft, Beteiligung und Mitbestimmung – in der globalen Gesellschaft einfordern. Behörden und Bürger im ärmeren Teil der Welt werden wahrscheinlich öfter, sichtbarer und hörbarer als früher nach einer Eintrittskarte in die reiche Welt verlangen: entweder durch den Haupteingang – z. B. durch freien Handel, Freizügigkeit für Personen sowie Mehrheitsentscheidungen in internationalen Organisationen – oder (bei geschlossenem Haupteingang) durch die Hintertür in Form von illegaler

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2002

12. Jahrgang (5. der N.F.)

Seiten 21-30

Textanfang**Nationalstaat und Wohlfahrtsst****Globalisierung und ihre politi****Die Notwendigkeit eines nation****Europäisches oder skandinavisc****Fußnoten****zur Startseite**

Migration, Menschenschmuggel und individuellen Anträgen auf Aufenthalt oder Asyl auf mehr oder weniger legalen bzw. legitimen Grundlagen. Neue politische Spannungen und Konflikte, die sich aus der technologischen Globalisierung ableiten lassen, werden im Laufe dieses neuen Jahrhunderts womöglich zunehmen.

Die Notwendigkeit eines nationalen Umbaus des Wohlfahrtsstaates in einer Phase geschwächter Leistungsfähigkeit

Trotz EU und EWR sind die Wohlfahrtspolitik und die sozialen Institutionen als solche im Wesentlichen immer noch national. Ein System für die internationale Zusammenarbeit, wie man es in Europa aufgebaut hat, gibt es in anderen Erdteilen (vorläufig) nicht. Es ist aber durchaus möglich, dass bestimmte Elemente der europäischen Integration auch in anderen Teilen der Welt übernommen werden. Gleichzeitig ist damit zu rechnen, dass Europa einerseits starken endogenen Kräften ausgesetzt sein wird, die eine Erhöhung der Einreisebarrieren fordern, sowie wachsenden exogenen Kräften andererseits, die deren Senkung verlangen. Wie diese Spannungen sich äußern werden – innerhalb Europas, in den einzelnen Ländern und im Verhältnis zur restlichen Welt –, ist schwer vorherzusagen. Angesichts der demographischen Entwicklung in Europa mit teilweise extrem niedrigen Geburtenraten ist es auch vorstellbar, dass ein Zwang zur Öffnung für mehr Immigranten aus anderen Teilen der Welt entsteht, was vermehrt zu politisch-kulturellen Spannungen auch innerhalb Europas führen kann.

Es ist also durchaus damit zu rechnen, dass versucht werden wird, den internationalen Integrationsprozess zu stoppen und die Territorien zu renationalisieren. Gleichzeitig ist jedoch eine Umkehrung der bereits vollzogenen technologischen Entwicklung schwer vorstellbar. Die neue Offenheit wird dazu führen, dass nicht nur zahlreiche Unternehmen, sondern auch Bürger die Mitgliedschaft in ganz unterschiedlichen Organisationen und Gesellschaften anderer Länder eingehen werden, die im Bereich der Wohlfahrtspolitik z. B. private Renten- oder Krankenversicherungen anbieten. Dies wird eine geringere Bindung vieler Bürger an ihr Herkunftsland, eine weniger mono-nationale Ausrichtung sozialer und politischer Rechte sowie eine Verwässerung der nationalen Identität mit sich bringen, und es dürfte sowohl praktisch als auch konzeptionell immer schwieriger werden, die Nationalstaaten von gestern zu rekonstruieren - selbst wenn man dies für wünschenswert halten sollte. Die gegenseitige Abhängigkeit der Nationen und Weltregionen wird langfristig aller Wahrscheinlichkeit nach zunehmen, und vielleicht noch rascher als bisher. Neue soziale Erfordernisse und Probleme werden entstehen, und alte Lösungen könnten sich als ungeeignet herausstellen.

Die Globalisierung von Wirtschaft, Politik, Kultur und Kommunikation scheint in einer Entwicklungsphase der europäischen Wohlfahrtsstaaten zuzunehmen, in der diese mit bedeutenden demographischen Veränderungen rechnen müssen. Hierzu gehört – und zwar besonders ab 2010 – ein großer und weiter wachsender Anteil an Rentnern, die länger leben als früher. Sie geschieht aber auch in einer Phase, in der die Rentensysteme – die hauptsächlich auf dem *Pay-as-you-go*-Prinzip

NORDEUROPAforum*Zeitschrift für Politik,**Wirtschaft und Kultur*

ISSN 1863639X

1/2002

12. Jahrgang (5. der N.F.)

Seiten 21-30

Textanfang**Nationalstaat und Wohlfahrtsst****Globalisierung und ihre politi****Die Notwendigkeit eines nation****Europäisches oder skandinavisc****Fußnoten****zur Startseite**

beruhen – ihre volle Reife erreichen (d. h. die Bevölkerung sich maximale Anrechte auf Rentenzahlungen erarbeitet hat). Die nationalen Wohlfahrtsprogramme treffen zunehmend auf systeminterne finanzielle Herausforderungen, während die Fähigkeit der Nationalstaaten zur Steuerung der eigenen Wirtschaft und Politik in einer globalisierten Welt abnimmt. Diese Entwicklungstendenzen können dazu führen, dass die nationalen Behörden in Europa eher geneigt sind, ihre Wirtschaftspolitik – gefolgt von den sozialpolitischen Lösungen und Standards – aufeinander abzustimmen. Dies aber beinhaltet keineswegs eine Aufgabe des europäischen Wohlfahrtsstaatsystems, sondern eher dessen Umbau. Im Rahmen der politischen Prozesse, die diesen Umbau begleiten könnten, wird wahrscheinlich auch bewertet werden müssen, welche Bedeutung ein relativ ausgedehnter Wohlfahrtsstaat für den Lebensstandard und die Lebensqualität in den europäischen Ländern sowie für deren soziale und politische Stabilität bedeutet. Und nicht zuletzt, welche Bedeutung diese Faktoren wiederum für die wirtschaftliche Entwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt haben. Polemisch formuliert könnte die politische Frage lauten, ob es denn sicher ist, dass die am wenigsten entwickelten Wohlfahrtsstaaten den Wettbewerb langfristig für sich entscheiden werden. Ist es denn sicher, dass die sich am schnellsten entwickelnden und modernisierenden Staaten Südasiens sich vor innerem politischen und demographischen Druck sowie der Forderung nach Entwicklung öffentlicher Wohlfahrtsprogramme schützen können? Werden sich in der staatlichen Politik dieser Länder nicht Änderungen aufzwingen, wenn die familiären Wohlfahrtssysteme auf Grund von Veränderungen der Beschäftigungs- und Mobilitätsmuster, der Reproduktionsmuster, der Werte und der Normmuster unter Druck geraten? Schließlich muss eine gewisse soziale und politische Stabilität gesichert werden, die wiederum auch vorteilhafte Auswirkungen auf Investitionen und Wertschöpfungen hat.

Eine der Herausforderungen während der aller Wahrscheinlichkeit nach erforderlichen Umbauphase für die europäischen Wohlfahrtsstaaten besteht darin, dass europäische Unternehmen und europäisches Kapital durch die Verfolgung kurzfristiger Anreize zur Verschiebung von Investitionen und Produktionsanlagen in Billiglohnländer indirekt zu einer sozialen Marginalisierung in Europa beitragen. So besteht die Gefahr, dass eine neue politische und soziale Armenklasse geschaffen wird. Besonders die Jugendarbeitslosigkeit ist in einigen Regionen sehr hoch, und die Aussichten auf einen Arbeitsplatz sind für Schulabbrecher in Europa bestenfalls ungewiss. Hier könnte also außer- oder unterhalb der Normgesellschaft eine gesellschaftliche Klasse entstehen und sich kulturell festigen, ehe die Forderungen nach demokratischer und wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung – beispielsweise in Ost- oder Südostasien – deutlich zunehmen. Eine Art, zum gezielten Umbau des Wohlfahrtsstaates beizutragen, wäre die Leistung von Zahlungen seitens der heutigen Mittelklasse – also der meisten von uns – zum Zwecke der Verhinderung sozialer Marginalisierungsprozesse, deren langfristige Folgekosten sonst wesentlich höher ausfallen würden. Dies wäre eine neue Art der Solidarität, die einer großen und gut gestellten Mittelklasse abverlangt wird, um zu Beginn des neuen Jahrhunderts einen bereits gut ausgebauten Wohlfahrtsstaat umzubauen. Damit unterscheidet sie sich von

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2002

12. Jahrgang (5. der N.F.)

Seiten 21-30

Textanfang**Nationalstaat und Wohlfahrtsst****Globalisierung und ihre politi****Die Notwendigkeit eines nation****Europäisches oder skandinavisc****Fußnoten****zur Startseite**

jener Solidarität, die an der Schwelle zum 20. Jahrhundert einer weniger gut gestellten Arbeiter- und Bauernklasse abverlangt wurde, um mit dem Aufbau des Wohlfahrtsstaates überhaupt zu beginnen.

Europäisches oder skandinavisches Wohlfahrtsmodell als Exportware?

Lange Zeit war es beliebt, von Europa als Verlierer in der globalen Konkurrenzgesellschaft zu sprechen. Verschiedene politische Gruppierungen blickten in den sechziger Jahren auf Amerika, in den siebziger Jahren auf Japan und in den neunziger Jahren – bis zur Finanzkrise im Sommer und Herbst 1997 – auf die neuen asiatischen *Tigerstaaten*, um sich Inspirationen zu holen, wie wir unsere eigene Gesellschaft und unsere Wirtschaftsbetriebe organisieren sollten, damit wir uns besser schützen und entwickeln können. Verächtlich sprach man vom „europäischen Museum“. Eine alternative Betrachtungsweise der Stellung Europas in der Welt besagt, dass Europa trotz der Kriege und Konflikte des vergangenen Jahrhunderts, trotz der Entstehung von Diktaturen und trotz des Zusammenbruchs von Imperien und Kolonialreichen in den vergangenen 50 Jahren einen Typus der Wohlfahrtsgesellschaft entwickelt hat, der für politische Stabilität, soziale Sicherheit und allgemeinen materiellen Wohlstand von großer Bedeutung zu sein scheint. Es gibt heutzutage kein eindeutiges wohlfahrtspolitisches „Modell Europa“. Man sollte jedoch die Möglichkeit der Entstehung eines solchen Modells nicht ausschließen, das sich tatsächlich als Exportware eignen könnte, so wie es in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts mit den europäischen Ideen zur Sozialversicherung der Fall war.

Aus einer tagesaktuellen globalen Perspektive betrachtet, ist es interessant festzustellen, dass die eifrigsten Baumeister und Instandhalter des Wohlfahrtsstaates stets aus Europa kamen. Und unter den europäischen Wohlfahrtsstaaten wird an der Schwelle zum neuen Jahrtausend den skandinavischen erneut Aufmerksamkeit gewidmet. Dies geschieht zu einer Zeit, in der eben diese Länder von zahlreichen Ökonomen und Kommentatoren als Opfer einer Art *Wohlfahrtsstaatssklerose* oder als Beispiele für Systeme in einer ernsten Krise gesehen werden. Sowohl Schweden als auch Finnland, beide um 1990 hart von wirtschaftlichen Problemen getroffen, haben die neunziger Jahre mitsamt ihren wohlfahrtsstaatlichen Institutionen überlebt, deren Charakteristika und Umfang dabei einigermaßen intakt geblieben sind, und sie konnten das Jahrzehnt sogar mit einem soliden Wirtschaftswachstum abschließen.⁴ Auf einer Vergleichsliste der Wettbewerbsfähigkeit von Staaten, die im Sommer 2000 auf dem *World Economic Forum* aufgestellt wurde, nahm Finnland die Spitzenposition ein, und die übrigen skandinavischen Länder landeten unter den ersten 20: Dänemark auf Platz 6, Schweden auf Platz 7, Norwegen auf Platz 20.⁵ Es scheint also möglich, dass ein Land gleichzeitig *business-friendly* und *welfare State friendly* ist. Vor dem Hintergrund der sozialen und wirtschaftlichen Erfahrungen, die die ost- und südostasiatischen Staaten nach der Finanzkrise vom Sommer und Herbst 1997 durchlebt haben, ergeben sich aus der Entwicklung der skandinavischen Länder in den neunziger Jahren – besonders in Anbetracht der Eigenschaften und der Rolle, die der Wohlfahrtsstaat hier annimmt – möglicherweise interessante

NORDEUROPAforum*Zeitschrift für Politik,**Wirtschaft und Kultur*

ISSN 1863639X

1/2002

12. Jahrgang (5. der N.F.)

Seiten 21-30

Textanfang**Nationalstaat und Wohlfahrtsst****Globalisierung und ihre politi****Die Notwendigkeit eines nation****Europäisches oder skandinavisc****Fußnoten****zur Startseite**

politische Perspektiven für den Status und die Zukunft des nationalen Wohlfahrtsstaates.

Gleichwohl ist damit zu rechnen, dass die relative geopolitische und geowirtschaftliche Bedeutung Europas abnimmt und dass dies wiederum Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen haben wird, die die Wohlfahrtspolitik beeinflussen. Nur 6 Prozent der heutigen Weltbevölkerung sind Europäer, 60 Prozent sind Asiaten. Ost- und Südostasien haben eine Phase rascher wirtschaftlicher Entwicklung durchlaufen und tun dies heute erneut. Auch der Großteil der Bevölkerung der industrialisierten Welt lebt in einer Form von Wohlfahrtsgesellschaft, die sich drastisch von den Wohlfahrtsstaaten unterscheidet, in denen Skandinavier und Nordeuropäer leben. Wir müssen daher für die Hypothese offen sein, dass möglicherweise der sich am schnellsten entwickelnde und industriell teilweise überlegene Teil der Welt mit der dezidiert größten Bevölkerung das dominierende Wohlfahrtsmodell dieses Jahrhunderts vorgeben wird.

Andererseits gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass die Staaten Ost- und Südasiens in einigen wohlfahrtspolitischen Bereichen den historischen Vorläufern aus Europa nacheifern, beispielsweise bei den Krankenversicherungs- und Rentensystemen.⁶ Es wäre naiv zu glauben, dass die raschen und starken sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Veränderungen, wie sie zum Beispiel im bevölkerungsreichen Asien stattfinden, ohne Spannungen, Konflikte, Krisen oder soziale Kosten ablaufen könnten. Veränderungen im Familien- und Arbeitsleben sowie in der Politik werden vermutlich zu wachsenden Forderungen nach vermehrten politischen und sozialen Rechten führen, und die verbesserte Wirtschaftslage wird die Fähigkeit zur Entwicklung einer entsprechenden staatlichen Politik fördern. Wenn wir wissen wollen, wie die Welt heute aussieht und in Zukunft aussehen wird, ist eine isolierte Betrachtung der Entwicklung in Europa keineswegs ausreichend. Vorläufig deutet wenig auf einen allgemeinen asiatischen Konsens, der die Entwicklung eines staatszentrierten Wohlfahrtsmodells, wie es in Skandinavien vorherrscht, als wünschenswert erachtet. Es ist also keineswegs sicher, dass das skandinavische Wohlfahrtsmodell den Prototyp einer universell bevorzugten Wohlfahrtspolitik verkörpert. Trotz allerhand Reformen in den neunziger Jahren wurde an diesem Modell aber im Wesentlichen festgehalten, und nun, zu Beginn des neuen Jahrhunderts, befinden sich die skandinavischen Länder erneut in einer Phase der Produktivitätszunahme und des wirtschaftlichen Wachstums.⁷ Dies wird auch auf internationaler Ebene wahrgenommen. Ein gut entwickelter, ausgedehnter Wohlfahrtsstaat kann mithin durchaus harmonisch neben einer blühenden Wirtschaft existieren. Ein gut ausgebauter Wohlfahrtsstaat kann zudem für die politische Stabilität, den sozialen Konsens und eine gleichmäßigere Einkommensverteilung in einer globalen Wettbewerbsgesellschaft vorteilhaft sein, in der der äußere Einfluss unterschiedlicher Marktentwicklungen unvermittelt zu dramatischen Folgen führen kann, wenn kein Wohlfahrtsstaat als Stoßdämpfer vorhanden ist. Europa – und Skandinavien – haben immer noch die Chance, den Wohlfahrtsweg zu weisen. Wenn wir es denn wollen.

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2002

12. Jahrgang (5. der N.F.)

Seiten 21-30

Textanfang

Nationalstaat und Wohlfahrtsst

Globalisierung und ihre politi

Die Notwendigkeit eines nation

Europäisches oder skandinavisc

Fußnoten

zur Startseite

2 Atkinson, Anthony B.: *The Economic Consequences of Rolling Back the Welfare State*. Cambridge und London 1999; Sandmo, Agnar: „Social Security and Economic Growth“. In: *European Institute of Social Security Yearbook 1994*. Leuven 1995.

3 Van Kersbergen, Kees: „The Declining Resistance of Welfare States to Change?“. In: Kuhnle, Stein (Hg.): *Survival of the European Welfare State*. London 2000.

4 Eitheim, Pål u. Stein Kuhnle: „Nordic Welfare States in the 1990s. Institutional Stability, Signs and Divergence“. In: Kuhnle 2000, wie Fußnote 3; Kuhnle, Stein, Aksel Hatland u. Sven Hort: „A Work-Friendly Welfare State. Lessons from Europe“. Arbeitspapier für die Weltbank, East Asia Pacific Region, Projekt zum Thema „Beyond the East Asia Socio-Economic Crisis. Lessons Towards the New Social Policy Agenda“, präsentiert auf der Konferenz „Flexibility and Security. Social Policy and Labor Market in Europe and East Asia“ in Seoul am 30.11./1.12 2000.

5 *Financial Times*, 9. August 2000.

6 Hort, Sven u. Stein Kuhnle: „The Coming of East and South-East Asian Welfare States“. In: *Journal of European Social Policy*. 10 (2000) 2, 162–184.

7 Kuhnle 2000, wie Fußnote 3; Kuhnle, Hatland u. Hort 2000, wie Fußnote 4.